



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BBU ZU SENATOR SARRAZIN: ENERGIESPAREN UND KLIMASCHUTZ MIT PLATTITÜDEN NICHT GEDIENT

29.07.2008 Fachinformation

Berlin – "Flapsige Tipps helfen nicht beim Energiesparen", so Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), in Reaktion auf die Energiesparratschläge von Senator Thilo Sarrazin. Niedrige Wohnraumtemperaturen könnten zu Schäden in den Wohnungen führen. Viel wichtiger sei, die energetische Modernisierung von Wohnungen für ALG II-Bezieher endlich zu vereinfachen. Der BBU trete dafür ein, dass die Kosten für energetische Modernisierungen der Wohnungen von Beziehern von ALG II auf die Miete umlegbar seien, ohne dass diese dann aus der Wohnung ausziehen müssten. "Bislang ist es so, dass modernisierungsbedingte Mieterhöhungen in der Regel zu Umzugsaufforderungen führen, weil die Miete dann über den Regelsätzen liegt", erläuterte Burkardt. Das sei selbst dann der Fall, wenn die Modernisierung zu sinkendem Energieverbrauch und damit geringeren Betriebskosten führe. "Dabei geht es nicht nur um die Erstattung von Heizkosten, sondern um eine vorausschauende Energie- und Klimaschutzpolitik", so Burkardt. Langfristig könnten sich die Unterkunftskosten für ALG II-Bezieher auf diese Weise sogar senken lassen. "Statt unbedachte Äußerungen zu verbreiten, sollte sich die Politik ernsthaft mit dem Thema der ständig steigenden Energiepreise und ihrer Ursachen auseinander setzen", riet Burkardt. Die Angst vor unbezahlbaren Heizkosten sei zu verbreitet und zu real, als dass sie derart auf die leichte Schulter genommen werden dürfe. Wohnungsunternehmen und Mieter unternähmen schon jetzt große Energiesparanstrengungen. Seit 1990 hätten die BBU-Mitgliedsunternehmen fast 13 Milliarden Euro in die Modernisierung ihrer Wohnungen investiert. Mittlerweile seien 88 Prozent ihrer Bestände teilweise oder vollständig modernisiert. Unter dem Dach des BBU sind in Berlin und dem Land Brandenburg 362 landeseigene, kommunale, private und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen mit zusammen 1,1 Millionen Wohnungen organisiert. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/bbu-zu-senator-sarrazin-energiesparen-und-klimaschutz-mit-plattitueden-nicht-gedient>